

17. IX. 1917

## Deutschmährischer Vertrauensmänneritag.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Brünn, 17. September.

Gestern Sonntag fand im Deutschen Hause in Brünn unter überaus großer Beteiligung von Vertretern ganz Deutschmährens und in Anwesenheit von Abordnungen sämtlicher deutschfreihheitlichen Parteien des Landes die Vertrauensmännerversammlung statt, die sich zu einer eindrucksvollen, einmütigen Kundgebung der Deutschen gestaltete und die Stellungnahme gegenüber den gegenwärtigen politischen Bestrebungen der nationalen Gegner und der Regierung feststellte.

Die Tagesordnung betraf 1. die staatsrechtlichen Erklärungen der Slawen bei Eröffnung des Reichsrates, insbesondere die Deklaration der Tschechen und die von denselben angestrebte Errichtung eines selbständigen tschechisch-slowakischen Staates; 2. den Amnestieerlaß und seine Folgewirkungen; 3. den Ausbau der völkischen Selbstverwaltung des deutschen Teiles Mährens; 4. wirtschaftliche und Ernährungsfragen.

Ueber den Verlauf der Vertrauensmännerversammlung liegt uns folgender Bericht vor:

Vorsitzender Abgeordneter Freiherr d'Elvert legte in seiner Begrüßungsrede den Zweck der Versammlung dar. Von Seiten der Agrarpartei sprach Abgeordneter Lutsch, für die deutsche Arbeiterpartei Burjochsly, für die deutsche Fortschrittspartei Regierungsrat Bokurok, für die Deutschradikalen Dr. Krumholz, für die deutsche Volkspartei Abgeordneter Bürgermeister Böhlhelm, für den verfassungstreuen Großgrundbesitz Landesanschuß Freiherr v. Baratta, für die mährischen deutschen Mitglieder des Herrenhauses Philipp Ritter v. Gompertz.

Sämtliche Redner sprachen sich nachdrücklich gegen die slawischen Forderungen, gegen die Errichtung eines selbständigen tschechischen Staates in Oesterreich aus und fanden in ihren Darlegungen lauten einmütigen Beifall.

### Die Begrüßungsrede des Freiherrn d'Elvert.

Der Obmann des deutschen Landtagsklubs begrüßte als Vorsitzender die Versammlung in einer Rede, in welcher er betonte, die Verzögerung der Regierung sei der Grund, daß die staatsrechtlichen Erklärungen der Tschechen nicht sofort nachdrücklich zurückgewiesen wurden. Dieses Verstummen wollen die Deutschen gutmachen, deren einmütige Lösung lautet, sich nie unter das Joch eines wie immer gearteten tschechischen Staatsgebildes zu beugen.

Bei der Mitarbeit an der Verfassungsreform werden die Deutschen Mährens in ständigen Vertrauensmännerversammlungen unablässig darüber wachen, daß bei der von den Deutschen seit längerem angestrebten Erweiterung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nichts von der einheitlichen Verwaltung des Staates abstrahle. Es sind hierbei jene Gesichtspunkte als maßgebend anzusehen,

welche beim Ausgleich in Mähren im Jahre 1905 zur Geltung gelangt sind: Die der Personalmatrilen, da im Gegenseitigen zu Böhmen keine territorial geschlossenen Siedlungen bestehen. Das sind die wesentlichen Richtlinien, an welchen die Deutschen Mährens in Wahrung ihrer Lebensinteressen unbedingt festhalten müssen. (Stürmischer Beifall.)

### Die Debatte.

Freiherr v. Baratta erklärte, der Ansturm der tschechischen Parteien gegen das einheitliche Staatsgefüge muß abgewehrt werden. Wir wollen das Reich nicht in Stücke schlagen lassen. Der verfassungstreue deutsche Großgrundbesitz wird Schulter an Schulter mit den übrigen deutschen Parteien dafür kämpfen.

Ritter v. Gompertz betonte namens der Mitglieder des Herrenhauses aus Mähren, unter wiederholt stürmischen Beifall: Wir legen entschiedenste Bewahrung ein gegen die Errichtung eines tschechisch-slowakischen Staates. Wir Deutschen Mährens gravitieren nach Wien und nicht nach Prag. Wir lassen Oesterreich nicht in Stücke schlagen. Die Stellung des deutschen Volkes muß nach dem Kriege gebessert werden und geschützt bleiben. Es hatten unser große wirtschaftliche Aufgaben, wir müssen eine weitausfassende Produktionspolitik einleiten. Unseren tapferen Truppen an den Fronten rufen wir zu: In unserem Lager ist Oesterreich!

### Die Entschliessungen der Vertrauensmännerversammlung.

Auf Antrag Bürgermeister Schnicklers wurde eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Wir verwahren uns feierlich gegen die Gründung eines tschechisch-slowakischen Staates. Wir fordern auf dem Gebiete der Bewirtschaftung der Lebensmittel eine zielbewußte Aufbringung und gleichmäßige, gerechte Verteilung derselben. Mit Entschiedenheit treten wir für den Schutz des Mittelstandes ein und verlangen rasche und wirksame Maßregeln zur Besserung der Lage der Festbesoldeten, deren definitive Gehaltserhöhung wir befürworten, da sie keinen Aufschub mehr verträgt. Der Not der Kleingewerbetreibenden muß Einhalt getan werden durch eine ausgiebige Hilfsaktion.

Eine weitere Entschliessung beantragte Abgeordneter Karolm, welcher die Steuererhöhungen für die Lehrerschaft befürwortet.

Abgeordneter Dr. Freisler beantragte eine Vereinigung sämtlicher deutscher Vertreter Mährens zur Abhaltung ständiger Tagungen behufs Wahrung der nationalen Notwendigkeiten.

Nach der einstimmigen Annahme dieser Anträge wurde die Versammlung geschlossen.

## Deutsch-sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung in Brünn.

Gestern fand in Brünn eine Konferenz der Parteivertretungen und Vertrauensmänner der deutschen sozialdemokratischen Partei in Böhmen, Mähren und Schlesien statt. Unter den Erschienenen befanden sich die Abgeordneten Glöckel, Hanusch, Hildebrandt, Jockel, Löw, Renner, Schaefer, Seliger und andere.

Den Gegenstand der Beratung bildeten die Stellung der deutschen inbudenländischen Arbeiterschaft zur politischen Lage und die Ernährung der arbeitenden Klassen in den Industriebezirken der Endetenländer. Die Erörterungen über diese beiden Fragen nahmen den ganzen Tag in Anspruch.

Zu dem ersten Punkte der Tagesordnung wurde eine Entschliessung angenommen, in welcher sich die Versammlung gegen die nationalistische Verheerung und Vergewaltigung und insolgedessen auch gegen die Forderung nach einem tschechisch-slowakischen Nationalitätenstaat ausspricht. Außerdem tritt die Versammlung für das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf Grund einer demokratischen Kreisverwaltung ein.

Die Entschliessung in der Ernährungsfrage, welche einstimmig angenommen wurde, wendet sich gegen die mangelhafte, verfehlte und unsinnige Organisation des Ernährungsdienstes, ferner gegen die agrarischen Bestrebungen und gegen die von den tschechischen Politikern bewußt genährte Verheerung in dieser Frage.